

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

35. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 17. Juni 1897.

№ 67.

Die Posthörchen-Organisation

hielt am zweiten Pfingstfeiertag aus Anlaß der Leipziger Ausstellung nicht im Klublocale (Gasthaus zum Posthörchen in der Querstraße) sondern im Felsenkeller in L.-Plagwitz, ihren „Kongreß“ ab. Zu diesem Schaustück wurde natürlich erst nach eingehender Leibesvisitation durch den Bruder Thürhüter Einlaß gewährt. Wie uns von unserm offiziellen Berichterstatter glaubwürdig versichert wurde, war das Kongreßlokal „sinnreich“ decoriert und mit passenden Inschriften versehen, so z. B.: „Kann ich Armeen aus dem Boden stampfen!“ oder „Wächst mir ein Kornfeld auf der flachen Hand!“ usw. Selbsterklärend wurde dadurch die Feststimmung entsprechend „gehoben“. . . . (Hier haben wir einen Teil des Berichtes unserm offiziellen Berichterstatters gestrichen, da derselbe die erhabenen Ziele des Kongresses lächerlich zu machen versuchte. D. Red.) . . . Zweihundzwanzig Mann hoch waren sie angeordnet die Feldherren ohne Soldaten und mehrfach erprobte Durchfallskandidaten, um dem berückichtigten Systeme des Herrn Gash die höhere Weihe zu geben. Es spricht aber weber von Mut noch von Ueberzeugung seitens der Beteiligten, daß sie die Öffentlichkeit beim „Kongresse“ vollständig ausschlossen, ein Vorgang, der in der Arbeiterwelt die entsprechende Würdigung finden wird. Wer eine gerechte Sache vertritt und seine besten Kräfte glaubt dafür einsetzen zu müssen, der kämpft im vollen Sonnenlichte, der steht und fällt mit der Sache, für die er kämpft. Freilich, in der Nacht nehmen sich ja die zielbewußten Gliederverrentungen ganz hübsch aus, dort folgt man ohne Gefahr „der kühnen Bahn, die uns geführt Vassal“, sonst aber zählt man den Feind und verkriecht sich vor ihm wie ein Maulwurf, weil hier die Ahlwardtischen ohne Effekt bleiben. Wenn nun jetzt nach dem „Kongresse“ die Leipziger Volkszeitung und ihr Ableger, die Wacht, sich bemühen, durch spaltenlange „Berichte“ ihre Leser über den Verlauf und

die Beschlüsse des „Kongresses“ zu „unterrichten“, so müssen wir in der That die Unverfrorenheit bewundern, mit der der gesunde Menschenverstand verhöhnt wird, jedenfalls aber in diesem Punkt auf der Verständnislosigkeit der betreffenden Leserkreise sicher ruht wie auf einem ehernen Fundament. Was nun aber in den beiden genannten Organen in „wohlberechneter Weise zurechtgestuft mit kindlich-naiver Unverschämtheit als Extrakt des „Kongresses“ der Öffentlichkeit zu unterbreiten für gut befunden wird, ist immer noch genug, um unsere sachlich denkenden Mitglieder — auch solche, die Gegner der Tarifgemeinschaft sind — zum ernstesten Nachdenken zu veranlassen. Hierzu rechnen wir in erster Linie die von Herrn Sindermann auf den Büreaufisch hinaufgereichte Resolution (wie sich Herr Sindermann anscheinend überhaupt gern als „Handlanger“ benutzen läßt). Diese gegen eine Stimme angenommene Resolution lautet:

1. Zur weiteren Agitation gegen die Tarifgemeinschaft ist es unumgänglich notwendig, daß ein Fonds zur Bestreitung aller Unkosten geschaffen wird, und daß deshalb jeder der Opposition angehörende Kollege pro Woche 10 Pf. zu entrichten hat.
2. Eine kräftige Propaganda für die Buchdrucker-Wacht zu betreiben, muß nach wie vor die Hauptaufgabe jedes Tarifgemeinschaftsgegners sein.
3. In allen Buchdrucker- und Vereinsversammlungen, ob Vereins- oder öffentliche, muß die Opposition vollständig vertreten sein und dafür Sorge tragen, daß der Buchdruckerverband immer mehr den Ideen der modernen Arbeiterbewegung zugänglich gemacht wird. Die Schädigen der Tarifgemeinschaft sind bei jeder passenden Gelegenheit seitens der Oppositionsredner hervorzuheben.
4. Sind bei wichtigen Anlässen, Versammlungen usw., am Orte keine geeigneten Redner, so hat das Agitationskomitee die Pflicht, auf die Aufforderung der Kollegen hin einen Redner zu entsenden, ebenso müssen bei besonderen Gelegenheiten Agitationstouren unternommen werden.

Welche Konsequenzen der Verband aus dieser Resolution (mit dem Inhalt einer selbständigen Organisation) für eine geringe Anzahl seiner Mit-

glieder zu ziehen gezwungen ist, hat Herr Pollen der selbst treffend kommentiert, indem er in Bezug auf diese Resolution erklärte: „Das Ausschreiben der Erhebung eines Beitrages könne weit eher den Verbandsvorstand und die Gausvorsteher zu Gewaltmaßregeln verleiten“. Nun, ob die statutarischen Maßnahmen gegen die Gash- und Wachtgarde „Gewaltmaßregeln“ sind, darüber wird die Kollegen-schaft und nicht ein feig hinter verschlossenen Thüren tagender „Kongreß“ das letzte Wort zu sprechen haben. Wir haben schon im Oktober vorigen Jahres in unserm „Ausschluß“-Artikel dargelegt, daß die statutarisch zulässige Bekämpfung der Tarifgemeinschaft in den Vereinsversammlungen und in Organe des Verbandes jedem Mitgliede gewährleistet ist und sein muß, unter gleichzeitiger Beobachtung der noch zu Recht bestehenden Beschlüsse. Die auf der Grundlage dieser Anschauung eingeräumte Pressefreiheit wurde vom Friedensfelss-„Kongreß“ „als ein Kniff des Zentralvorstandes und seines Redakteurs richtig gekennzeichnet“ und die Kollegen ersucht, trotzdem an dem Universal-Schimpf-lexikon festzuhalten, weil in demselben sowohl die persönlichen Interessen wie der persönliche Haß des Herrn Gash ihre letzte Zufluchtsstätte gefunden hätten. Die also von der sogenannten Opposition selbst ausgegangene thatsächliche Feststellung der Pressefreiheit im Corr. war gerade den Plänen der damaligen und in den Personen zum Teil auch heutigen „General“-versammelten zuwiderlaufend und es wurde die Kollegen-schaft zur Unterzeichnung des „Programms“ der W.-B. aufgefordert, durch welchen Akt schon damals die betreffenden Unterzeichner sich außerhalb der Sache und außerhalb des Rahmens der Organisation stellten und damit trivial das Band zerrissen, welches die Kollegen zum gemeinsamen Handeln umschloß. Daß eine Reihe von Mitgliedern die Friedensfelss-Resolution unterzeichneten, ohne zu gestatten, daß ihre Namen veröffentlicht wurden, spricht genugsam dafür, daß sie für ihr verbandsschädigendes Treiben

Sächs.-Thür. Industrie- und Gewerbe-Ausstellung zu Leipzig.

I.

Eine Industrie- und Gewerbeausstellung ist heutzutage sozusagen etwas Alltägliches, so daß es scheinen könnte, als ob ein Bericht darüber eigentlich recht überflüssig wäre. Dem ist in der That aber nicht so. Jede Ausstellung bringt Neues und der Grundzug dieses Neuen gliedert in der Hauptsache darin, daß an die Stelle der Handarbeit immer mehr die Maschine tritt, die Arbeitskräfte demnach immer mehr überflüssig werden. Diese Ueberzeugung drängt sich fast bei jeder Ausstellung auf und wer die ausgestellten Gegenstände von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, der muß unwillkürlich sich auf die Seite derer stellen, welche behaupten, daß die heutige Zeit mit ihrer technischen Entwicklung eine Zeit des Ueberganges ist, daß die heutige wirtschaftliche Ordnung sich überlebt hat und an deren Stelle notwendiger Weise eine „Ordnung“ treten muß, welche auch den untergeordneten Arbeiter an den Segnungen dieser technischen Entwicklung teilnehmen läßt, ihn von der Sorge um das tägliche Brot abhülft befreit. Eine solche Ausstellung liefert aber auch zugleich den Beweis, daß die sogen. Handwerkerfrage keine Frage mehr ist, sondern durch die Entwicklung des Großbetriebes, wie sie vorwiegend in den Ausstellungen zu Tage tritt, bereits ihre Beantwortung gefunden hat. Ein Jeder, der sich über

diese „Frage“ noch nicht genügend klar, der sollte es nicht veräumen, das Gebotene einer möglichst eingehenden Besichtigung zu unterwerfen, wir sind überzeugt, daß ihm bei etlichem Nachdenken alle Zweifel behoben werden. Da nun aber die Ausstellung dem Arbeiter neben der Belehrung über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung auch das Studium seines Spezialfaches — und in dieser Beziehung ist für den Buchdrucker in Leipzig sehr viel geboten — ermöglicht ist, so wäre es eine dankbare Aufgabe der Offizinsvertreter oder Ortsvereine, den Mitgliedern für den Besuch einer solchen Ausstellung günstigere Eintrittsbedingungen und saugemäße Führung zu verschaffen, und der Prinzipale, dies durch Freigabe eines Arbeitstages — eventuell gruppenweise — und sonstige Unterstützung zu ermöglichen. Wir sehen dabei voraus, daß auch die Ausstellungslleitung durch Erniedrigung der Eintrittspreise diesem Bestreben, möglichst allen Arbeitern den Besuch zu ermöglichen, entgegenkommt, was bis jetzt hier nur in geringem Grade geschehen ist.

Da wir, wie aus dem Vorstehenden ersichtlich, großen Wert auf den Besuch der Ausstellung legen, so wollen wir demgemäß im Folgenden auch etwas ausführlicher auf dieselbe eingehen als es sonst in diesem Blatte bei ähnlichen Gelegenheiten geschehen ist und zunächst einige Daten aus der Entstehungsgeschichte der Ausstellung sowie über die räumlichen Verhältnisse derselben bringen.

Leipzig hat seinen Ruf als Handels- und Messestadt mit verhältnismäßig schweren Opfern erlangt, es fehlte ihm wie schon in früheren Jahren so auch neuerdings

nicht an Konkurrenten, welche ihm diesen Kampf erschwerten. An Bemühungen, dieser Konkurrenz zu begegnen, hat es von jeher nicht gefehlt, aber in neuerer Zeit hat sich diesem Streben ein gewaltiges Hindernis in der Entwicklung des Verkehrs entgegengestellt, das nicht so leicht zu überwinden sein dürfte, weil es die Messen in ihrer früheren Gestalt nahezu überflüssig macht. Man ist daher gezwungen, neue Wege einzuschlagen, wenn man die Einkommensquellen nicht verlegen lassen will. Zu diesem Zwecke haben sich Vereinigungen sowohl zur Hebung des Fremdenverkehrs wie zur Erhaltung der Messen gebildet, und diese waren es, welche unter anderem anderen Mitteln auch auf die Veranstaltung einer größeren Ausstellung verfielen, die von diesem Gesichtspunkt aus als ein Reflektionsmittel zu betrachten ist, durch welches von neuem die Aufmerksamkeit auf Leipzig gelenkt werden soll. Den nächsten Anlaß, dieses Mittel zu ergreifen, gab der Umstand, daß im Jahre 1497 Kaiser Maximilian I. der Stadt Leipzig ein besonderes Privilegium zur Abhaltung von Messen verlieh, und so gilt die Ausstellung gewissermaßen auch zugleich als eine Jubiläumsfeier. Uebrigens datiert die Abhaltung von Messen in Leipzig bis ins 12. Jahrhundert zurück. Auch sonst marschirt Leipzig bekanntermaßen in manderlei Beziehung an der Spitze. Schon im Jahre 1481 fand sich die Buchdrucker auf dem Weg über Nürnberg hier ein, im Jahre 1493 wurde die erste Buchhändlermesse hier abgehalten, im Jahre 1667 siedelte der Hauptstich des Buchhandels von Frankfurt a. M. nach Leipzig über, 1781 schlug die

und dessen eventuelle Folgen die notwendige Einsicht besaßen. Ohne zwingenden oder nachweisbaren Grund wurde mit dieser Resolution die Parole ausgegeben: Opposition um jeden Preis und Kampf gegen die Verbandsleitung bis aufs Messer, weil RGH, der RGH nach Wölle ausging, selbst geschoren nach Hause kam. Die Tariftgemeinschaft war längst Nebenfache geworden. Daß den auf den rein persönlichen Kampf eingeschworenen Friedensfeiern fortan der Corr. verschlossen blieb, ist selbstverständlich, nachdem die Betreffenden unterschriftlich erklärt hatten, daß sie lediglich die Förderung und Verbreitung der B.-W. zu ihrer Hauptaufgabe machen wollten. Die Redaktion hat somit nichts weiter als ihre Pflicht gethan, als sie den Segnern des Verbandes das Feld für deren weitere Thätigkeit auch außerhalb des Corr. anwies. Es wäre übrigens gegenüber der von der Generalversammlung in Halle beschlossenen Tariftgemeinschaft gar nicht notwendig gewesen, ein Blatt — selbst auf rein sachlichem Boden — zu gründen, da es der Mittel und Wege im Vereinsleben genug gibt, gegenseitige Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Die Mitgliederversammlungen, Bezirks- und Gantage sowie das Organ des Verbandes sind Quellen genug, um die Vöchlein abweichender Meinungen dem großen Strom des Willens der Gesamtheit zuzuführen. Und dieser mußte respektiert werden. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an eine Notiz des Herrn Gash im Corr. vom Jahr 1892, wo bei den damals scharfen Auseinandersetzungen über die Tariftgemeinschaft der damalige Redakteur schrieb: „... wir sind dabei überzeugt, daß die Anhänger beider Anschauungen (Tariftgemeinschaftsfreunde und -gegner), je nachdem schließlich die Entscheidung fällt (die Herr Gash sich annahm, selbst fällen zu wollen), der Mehrheit in alter demokratischer Selbstüberwindung folgen werden.“ Heute ist das eine barbarische Forderung! Wir hielten es für notwendig, angesichts des diesmaligen „Kongresses“ auf obige Thatsachen hinzuweisen.

Die im Festseller angenommene Resolution, welche ganz natürlich vereintechnische Einrichtungen voraussetzt, kann auf dem Boden des Verbandes und innerhalb der Grenzen des Statuts von Mitgliedern des Verbandes nicht verwirklicht werden. Was wollen da die dekorativen Floskeln besagen, mit denen einige Redner glaubten die Kollegenchaft über den Löffel barbieren zu können. Wenn z. B. Herr Klawitter gesagt haben soll: „Das Prinzip müsse sein und bleiben nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung des Verbandes“, so ist angesichts der Thaten dieser Herren nichts auf solche Erzählungen zu geben. Da war eine Anzahl anderer Redner weit offener. So wünschte z. B. der Dresdener Rood „eine Aussprache über den Besuch der Versammlungen der Tariftgemeinschaftsfreunde“. Verbands-Versammlungen, die Arbeit der Organisation usw. sind

für den Herrn Rood unbekannte Größen, von diesen Dingen spricht er mit einer Nonchalance wie ungefähr eine Pariser Modistin von dem chinesischen Erzzierreglement. Herr Rood schätzt den Verband als eine feindliche Macht ein, und er bittet um eine Aussprache, welche Taktik diesem feindlichen Organisationskörper gegenüber „seiner“ Organisation für zweckentsprechend hält. Dieses Entant terrible der Opposition erklärt sich gegen die Gründung sozialdemokratischer Buchdruckervereine, „da man dabei sehr leicht mit der Partei in Kollision komme“, die Kollision mit dem Verbands bereitet ihm keinen Augenblick Verlegenheit. — Der „Vertreter“ aus unserm vielgeliebten Bremen, der nebenbei auf dem „Kongresse“ sich als Vertreter des Gau's Nordwest gerierte, kennt keinen Verband und keine Verbandsleitung, er spricht bloß so nebenbei von dem Döblin der Tariftgemeinschaftsfreunde.

Herr Gash, dem trotz aller Siegeshymnen über den Kongreß das Wasser am Munde steht, wie wir später noch nachweisen werden, läßt in seiner in der „Macht“ abgedruckten Rede keinen Zweifel darüber mehr, daß der Kampf mit dem Verband aufgenommen werden müsse. Gash hat namentlich in letzter Zeit seine Anhänger dahin instruiert, daß der Kampf der Opposition ein solcher gegen den Verband ist. Wir wollen dies an einem Beispiele ganz besonders erhärten. Gash sagte in seiner „Kongreß“rede u. a.: „Jedes Vorkommnis werde ihm zur Last gelegt, obgleich z. B. in Sachen des Leipziger Kartells ohne sein besonderes Eingreifen die Leipziger Genossen selbst die Anweisungen gegeben haben.“ Was schrieb er in dieser Sache aber in seinem Organ: „... Also die Leipziger Opposition sollte sich von der Ordnungsmasse willig niederretzen lassen und dem Rezhäuser die Reihe öffnen, damit er vom Leipziger Kartell aus wie der Herr Massini in Berlin den Gewerkschaften das Evangelium St. Döblins predigen konnte! Nein, werthe Kollegen, das gibt's nicht! **Macht gegen Macht, das ist Kriegsgebrauch.**“ Schreiber dieses ist gewiß an dem Vorgehen vollauf beteiligt, aber ohne sein Vorgehen hat die gesamte Leipziger Opposition sowohl in vertraulicher wie öffentlicher Verhandlung die Schritte einmütig vorgezeichnet.“ — Also: „Macht gegen Macht, das ist Kriegsgebrauch!“ Herr Gash besitzt ja allerdings keinerlei Macht, aber stillschweigend wird von seinen Anhängern dieses Rezept für die „Wiederherstellung der Einheit im Verband“ acceptiert. — Wie gefällt übrigens den Freunden des Herrn Gash das Pröbchen von Feigheit und Heuchelei: Auf dem Kongresse macht Herr Gash die Leipziger Genossen, in der B.-W. die Leipziger Opposition für den betr. Kartellbeschuß verantwortlich, seine Person bringt er aber hübsch aus der Schußlinie.

Wäre dabei ein großer Sieg herausgesprungen, hätte er natürlich sich höchst eigenhändig den Lorbeerkranz um die Stirne gewunden. Dasselbe Spiel wie bei den Tarifverhandlungen. Ja, ja, Herr Gash hat immer nur „falschieren geholfen“. — Doch zurück zur Rede des Herrn Gash. Nachdem er über die finanziellen Schwierigkeiten des Organes geklagt (dabei wird den Versammelten ein Rechenschaftsbericht vorgelegt, der ein Defizit von 1,25 Mk. aufweist), über die Unpünktlichkeit und „mehrfach auch Unehrlichkeit“, den Wankelmuth, die Umsälle in den Reihen seiner Anhänger sich beschwert, erklärt er: „Die Situation der Tariftgemeinschaftsgegner könne nur besser werden, wenn dieselben sich eine sichtbare Macht schaffen.“ Diese erträumte „Macht“ ist bei Gash zur fixen Idee geworden. Ferner empfiehlt er eine „obligatorische Steuer“. Da die „sichtbare Macht“ der Verbandsgegner bis jetzt in der B.-W. bestanden hat, so bleibt neben dieser nur noch die Gründung einer Organisation übrig, die denn mit der von Gash gewollten obligatorischen Steuer laut Resolution auch geschaffen worden ist. Deshalb auch die geheime „Tagung“.

Was es mit der Thätigkeit der Gashianer „im Rahmen des Verbandes“ auf sich hat, geht wohl am Zuverlässigsten aus der gegen 1 Stimme vom Kongreß angenommenen Resolution hervor. Sie ist der unzweideutigste Beweis für eine vorhandene Nebenorganisation im Verbands. Betrachtet wir uns dieses Statut etwas näher. Zu Punkt 1 wird die Erhebung eines bestimmten wöchentlichen Beitrages beschloffen, um die Unkosten, welche durch die Bekämpfung der Verbandsbeschlüsse erwachsen, bestreiten zu können. Den einzelnen Kollegen sind seit 31 Jahren bei der Geltendmachung ihrer abweichenden Meinungen in Organisationsfragen keine Unkosten entstanden. Wenn nun aber hier für ganz Deutschland ein bestimmter wöchentlicher Beitrag festgesetzt wird — eine „obligatorische Steuer“ —, ist es doch klar, daß die Bekämpfung der Tariftgemeinschaft (um die es sich aber bei den Machern gar nicht einmal handelt) im Rahmen eines zu diesem Zwecke geschaffenen und zentralisierten Organisationskörpers vor sich geht. Die Unkosten, welche dabei entstehen, erwachsen durch die Verbindungen der Zentrale mit den einzelnen Ortsgruppen, durch einheitliche „amtliche“ Kundmachungen — Zirkulare, Blätter, Reisen, „Kongresse“ usw. Wenn man sich aus leicht ersichtlichen Gründen gekümmert hat, das Wort „Organisation“ auszusprechen, so ist das völlig gleichgültig, da schließlich jede Organisation die von ihr ausgeschriebenen Beiträge als Unkosten für ihre organisatorische Thätigkeit erhebt. Tritt dann noch im weitern der Beschluß hinzu, daß als Organ der auf diesen bestimmten Wochenbeitrag organisatorisch festgelegten sogen. Oppo-

Rust im alten Gewandhaus ihr Hauptquartier auf und machte Leipzig zu einer Ruststadt ersten Ranges (das prächtige neue Kongreßhaus wurde 1884 erbaut), 1834 (mit dem Inseleentretren des preuß.-deutschen Zollvereins) schlug auch die Industrie hier ihren Sitz auf und gelangte in kurzer Zeit zu einer hohen Entwicklung, so daß ganze Fabrikviertel entstanden. Nicht zu vergessen ist last not least die großartige Entwicklung des Buchhandels, die Leipzig in litterarischer Beziehung, wenigstens was den Vertrieb betrifft, maßgebend gemacht. Daß dieser letztere Umstand nicht ohne Eindruck auf das Buchdruckgewerbe blieb, ist selbstverständlich. Die Verlegung des Reichsgerichtes nach Leipzig und manches andere, so z. B. das dankenswerte Streben der Stadtverwaltung und privater Vereinigungen, die viergrößte Stadt Deutschlands in baullicher wie anderer Beziehung zu einem Anziehungspunkte für Fremde zu gestalten, so besonders in neuerer Zeit durch Erleichterung der Fahrgelegenheit, sei als zur Sache gehörig nicht unerwähnt gelassen.

Nun zur Ausstellung selbst. Dieselbe umfaßt das Königreich Sachsen, die Thüring. Staaten, Franken, Anhalt, die preuß. Regierungsbezirke Pommern, Potsdam, Frankfurt a. O. und die Provinz Sachsen. Beteiligt haben sich an derselben 2850 Firmen, die in 20 Gruppen verteilt sind: 1. Maschinen- und Beförderungswesen, 2. Metallindustrie, 3. Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen, 4. Chemische Industrie, 5. Ingenieur- und Bauwesen und Elektrotechnik, 6. Stein-, Thon-, Glas-, Porzellan-Ind-

ustrie, 7. Holzwaren- und Möbel-Industrie, Zimmer- und Hauseinrichtungen, 8. Textilindustrie und Bekleidungs-Industrie, 9. Nahrungs- und Genussmittel, 10. Leder-, Ledertuch-, Gummi- und Abest-Industrie, 11. Kurz-, Galanterie- und Spielwaren-Industrie, 12. Papier-Industrie, 13. Buchgewerbe, 14. Kunst und höheres Kunstgewerbe, 15. Gesundheitspflege und Rettungswesen, 16. wissenschaftliche Instrumente, Feinmechanik und Uhren-Industrie, 17. Unterrichts- und Erziehungswesen, 18. Land- und Forstwirtschaft, 19. Rustallische Instrumente und Bestandteile, 20. Sportwesen. Alle diese Gruppen sind auf einem Gelände untergebracht, das eine Fläche von 400000 Quadratmeter Raum umfaßt und innerhalb der Stadt am Walde gelegen ist. Ein besserer Platz konnte kaum gefunden werden. Der Aufbau auf dem großen Wiesenplan ist so geschickt arrangiert, daß er jedem mit den Platzverhältnissen vertrauten Leipziger bei seinem ersten Besuch im höchsten Maß überraschen muß. Aus dem großen, durch den sogenannten Platanal durchzogenen Wiesenplan ist sozusagen im Handumdrehen (der erste Spatenstich erfolgte am 18. Dezember 1895) eine Industrie- und eine Parkanlage geworden, wie man sie sich nicht besser wünschen kann. Der gezeichnete Garantiefonds beträgt gegen 2 Millionen Mark. Aus dem Stadtsäckel wurden dazu 250000 Mk. gestiftet, außerdem 80000 Mk. für einen Pavillon, in welchem die Stadt ihre verschiedenen Verwaltungszweige zur Veranschaulichung bringt, 150000 Mk. für Beteiligung der

städtischen Gas- und Wasserwerke, 150000 Mk. für gärtnerische Anlagen einschließlich einer massiven Brücke, welche dauernd erhalten werden soll, 50000 Mk. für Weballen, schließlich mehr oder weniger hohe Summen für verschiedene gelegentlich der Ausstellung stattfindende „Tage“, so z. B. 60000 Mk. für den Journalistentag. Mehrere Summen waren unser's Erachtens besser dazu verwendet worden, den Arbeitern den Eintritt zu verbilligen. Die Leute, welche das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden, d. h. mit dem Besuche der Ausstellung eine Besprechung ihrer Interessen, könnten recht gut auf eine Unterstützung aus städtischen Mitteln verzichten, ihre finanziellen Verhältnisse dürften ihnen das wohl erlauben. Arbeiter-Organisationen haben auch hier und da getagt, es ist ihnen aber noch nicht eingefallen, den Stadtsäckel in Anspruch nehmen zu wollen.

Die Herstellung der Bauten der Ausstellung wurde auf dem Wege der Preisbewerbung an die Architekten Ischermann, Enger, Franz Fannemann, Schmidt & Jöhlig und Drechsler vergeben. Der Baukosten-Anschlag beziffert sich auf 1 1/2 Millionen Mark.

Das Ausstellungsplat, das wohl eine geteilte Aufnahme gefunden, ist von einem Leipziger, Hrn. Walter Tilmann, z. B. in Dresden, entworfen und von der Firma Giesecke & Devrient hergestellt worden.

Wir werden nun zunächst einen Rundgang durch die Ausstellung machen, um ein allgemeines Bild des Dar- gebotenen zu geben.

sition die B.-B. zu gelten hat und es als Hauptaufgabe zu betrachten sei, dieses — — Organ über das Verbandsorgan zu stellen, so ist darin nicht nur die Außerachtlassung der Beschlüsse der Organisation, sondern die Bekämpfung der gesamten Einrichtungen des Verbandes, insonderheit des vornehmsten Hilfsmittels, seines Blattes, praktisch ausgedrückt. Mit all diesem sind vollkommene materiellen Grundlagen gegeben, welche für eine Organisation in Frage kommen können. Wie sich die Mitglieder dieser Fin de siècle-Organisation ihre „praktische Tätigkeit“ denken, darüber wollen wir vorläufig nur einige Worte verlieren. Der Massentritt der oppositionellen Arbeiterbataillone soll die „Harmoniebüxer“ erzittern und sie „den Ideen der modernen Arbeiterbewegung zugänglich“ machen. „Die Schäden der Tarifgemeinschaft sind bei jeder passenden Gelegenheit seitens der Oppositionsredner hervorzuheben.“ Mit anderen Worten: Nach den Direktiven der Leitung hat das einzelne Mitglied der oppositionellen Organisation in den „Versammlungen der Tarifgemeinschaftsfreunde“ Standaufzüge zu machen, wie wir diesbezüglich bereits in Leipzig die schönsten Erfahrungen gemacht haben. Die „passenden Gelegenheiten“ sind natürlich immer vorhanden — — sofern den Kollegen nicht die Gebuld reißt und die Angehörigen der neuen Organisation ihren Wirkungskreis auf die Straße zu verlegen gezwungen werden. Aber eine nette Perspektive ist es immerhin: Was zum Schaden und zur Schande unserer Organisation monatelang in der Hoffnung auf endliche Klärung in unseren Reihen gebuldet wurde, die Ausführung wüster Szenen in den Versammlungen, wodurch das Vereinsleben aufs schwerste geschädigt worden, alle praktische Tätigkeit noch bis auf den heutigen Tag gehemmt ist, das kollegiale Leben bis ins Mark hinein vergiftet wurde, diese „zielbewusste“ Arbeit soll mit verdoppelter Macht von neuem beginnen, und zwar durch die Träger der Ideen der modernen Arbeiterbewegung. So sehr wir wünschen, daß durch entsprechende Vorträge die Ideen der modernen Arbeiterbewegung Eingang und Pflege finden, das sozial- und wirtschaftspolitische Verständnis der Kollegen vervollkommen wird, mit gleicher Entschiedenheit wird man wohl allenthalben auf die Mithilfe dieser Volksbildner Verzicht leisten.

Wer diese neue Organisation nicht als vorhanden betrachtet, sehe sich einmal Punkt 4 der Resolution an. Gerade da, wo es sich unter Umständen um Lebensfragen für die Organisation handelt — „bei wichtigen Anlässen“ — hat die Organisationsleitung — die sich bescheiden „Agitationskomitee“ nennen läßt — „die Pflicht, auf die Aufforderung der Kollegen hin einen Redner zu entsenden.“ Halten wir einmal diesen Punkt fest. Der einzelne Tarifgemeinschaftsgegner kann weder „Aufforderungen“ ergehen lassen noch „Pflichterfüllungen“ von seinen Meinungsfreunden auf der Grundlage erheblicher materieller Opfer verlangen, wenn nicht durch bestimmte, bindende, sagen wir statutarische Rechte und Pflichten dies zugelassen ist oder zur Pflicht gemacht wird. Da diese Redner auf Kosten der betr. Organisation in Versammlungen des Verbandes entsendet werden sollen, um dort die statutarische Wirksamkeit der Verbandsorgane unmöglich zu machen, wird die Feindseligkeit dieser Leute gegen den Verband aufs Bestimmteste präzisiert. Sehen wir den Fall: im Herbst tritt die Organisation in eine umfassende Agitation zu Gunsten der Verallgemeinerung des Tarifs ein — ein wichtiger Anlaß — die neue Organisation findet es aber — wie im Falle Rheinland-Westfalen — für zweckentsprechend, „ihre Redner“ anzuweisen, in den betr. Versammlungen zu erklären — wie Gafch kürzlich in der B.-B. schrieb — daß „ein aufrecht gehender Arbeiter sich der Mitgliedschaft in diesem herabgewürdigten Vereine schämen“ müsse. Wird das aber propagandistisch in Nichtmitgliederkreisen wirken! — oder auch nicht. Wenn es nun weiter heißt: „... ebenso müssen bei besonderen Gelegenheiten

Agitationstouren unternommen werden“, so sind das vollkommen selbständige Handlungen, die mit dem Verband nicht nur nicht das Geringste zu thun haben, sondern alle Vereinsarbeit von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammen. Wer kann daher noch bestreiten, daß das auf dem Pjngst-„Kongress“ beschlossene „Programm“ in eminentem Maß organisatorische Einrichtungen bedeutet? Und zwar solche, die in ihrer Wirkung weit schädlicher sind als die Prinzipalsorganisation und der G.-B. zusammengekommen. — „Macht gegen Macht, das ist Kriegsgebrauch!“ so lautet die Parole des gegen drei Stimmen wiedergewählten geistigen Leiters der neuen Organisation. Die — wie man hier passend sagen kann — völlerrechtswidrigen Kriegsmittel dieses Herrn besitzen heute bereits eine europäische Berühmtheit. An den Mitgliedern des Verbandes ist es, zu entscheiden, was mit Leuten zu geschehen hat, die sich durch die neue Organisation selbst aus dem Verband ausgeschlossen haben. Indem der Redakteur ausnahmsweise auch einmal von dem Rechte der freien Meinungsäußerung Gebrauch macht, kann er nach ruhiger und leidenschaftsloser Erwägung lediglich zu dem Schlusse kommen, daß für die der Posthörnchen-Organisation angehörenden Herren kein Platz im Verband ist. Die Führer der neuen Organisation begrüßen selbstverständlich neue Ausschüsse, sie würden im gewissen Sinne dabei ein ganz gutes Geschäft machen, nach unserm Dafürhalten sprechen aber hier keine Opportunitäts-, sondern lediglich prinzipielle Gründe das letzte Wort. Den gegenwärtigen Zustand, die selbstständige Aktion einer Nebenorganisation im Verbandsverbande, kann derselbe auf die Dauer nicht ertragen. Und zwar umso weniger, je verschlagener und brutaler die Mittel sind, welche als das Gemeingut dieser „Organisation“ gekennzeichnet sind. Wir werden darauf und auf die weiteren Vorgänge beim „Kongress“ in einem zweiten Artikel zu sprechen kommen. Für heute richten wir lediglich die Aufforderung an die deutsche Kollegenchaft, entscheiden zu wollen, ob der Verband der Deutschen Buchdrucker für seine ursprünglichen Zwecke erhalten bleiben oder dem Gafch und seinen Helfershelfern zur beliebigen Verwendung ausgeantwortet werden soll.

Korrespondenzen.

β. Brandenburg. Mit recht nichtigen Ausreden sucht der Vorstand des Obergaues sein bisheriges Gebaren in der Geschäftsführung zu rechtfertigen und die ganze Schuld auf die Schultern einiger Bezirksvorstände abzuwälzen, er bleibt uns aber immer noch die Namen der Uebelthäter schuldig. Es ist dies allerdings ein leichtes Mittel, sich zu verteidigen, wir sind aber nicht gesonnen, die allgemein gehaltenen Vorwürfe ruhig einzulassen. Der Einsender aus Steintin gesteht zu, daß leider unsere Gauabrechnungen verschiedene Mängel (sagen wir doch aber richtiger immer) zu spät an den Zentralvorstand eingeschickt werden. Einem jeden Mitgliede wird sich nun wohl die Frage aufdrängen: woran liegt das und wen trifft die Schuld. Sind es die säumigen Bezirksvorstände oder doch einige darunter, so ist es die Pflicht des Gauvorstandes, dagegen einzuschreiten, da ihm doch genügend Mittel zur Verfügung stehen. Es grenzt beinahe an Dickfeigkeit, wenn man die fortwährenden Mahnungen des Zentralvorstandes ruhig einstrickt und es doch nicht abzuändern sucht. Warum denn auch jetzt noch die zarte Rücksichtnahme auf die Säumigen, die doch die eigentlichen Urheber dieser unerquicklichen Korrespondenz sind oder sein sollen. — Auf allen Gantagen und sonstigen Konferenzen spielte dieses Thema eine Rolle und wurde Mithilfe zugefagt, doch war bis jetzt davon nichts zu merken, im Gegenteil, es wurde immer ärger, so daß wir uns gezwungen sahen, die Angelegenheit in die Öffentlichkeit zu bringen. — Schreiber dieses ist gewiß ein Feind des Restantenunwesens und bekämpft es aufs Schärfste, aber soweit möchte er doch nicht gehen, daß einem Mitgliede, das vielleicht durch Umstände einmal Reste hatte, die Veredlung, vorhandene Mängel zu rügen, genommen würde. — Wir hörten da neulich auch ein Liedlein von 18 Resten singen, der Gauvorstand wird wohl wissen, wer der Unglückselige war; doch, wozu in diesem Schmutze waten. Man soll aber nicht, wenn man selbst im Glashaufe sitzt, mit Steinen werfen. — Was den Jahresbericht des Gauwes anbetrifft, so muß dieser allerdings in den Jahren, in denen ein Gantag stattfindet, vor der Abhaltung dieses erscheinen. Ja, das ist Ausnahme — weshalb wird diese Ausnahme

nicht zur Regel? Bei regelrechter Geschäftsführung muß der Jahresbericht spätestens nach Ablauf des ersten Quartals des folgenden Jahres in den Händen der Mitglieder sein. Er verliert das Interesse, wenn man ihn fast regelmäßig im Juni oder Juli erhält. — Gewiß hat der Gauvorstand die Agitation in unserm Gau, wenn es sich um Geldbewilligung handelte, unterstützt; doch von einer führenden Rolle, wie sie ihm eigentlich zusteht, ist uns nichts bekannt. Die Bezirksvorstände mußten eben immer zusehen, wie sie allein damit fertig wurden. Wir sind der Ansicht, daß da energischer vorgegangen werden muß, und gerade dem Gauvorstand ist es vorbehalten, alle gangbaren Mittel und Wege ausfindig zu machen, welche gute Resultate zeitigen und uns zum Ziele führen. — Zu verkennen ist nicht, daß die räumliche Ausdehnung des Gauwes sehr erschwerend für ein einheitliches und planmäßiges Vorgehen war. Wir waren deshalb schon seit Jahren für eine Teilung, stießen aber immer wieder auf harten Widerstand bei unserm Gauvorstande. Mit aufrichtiger Freude erfüllt uns daher das Bekenntnis des h.-A.-Artiklers, der seitens des Gauvorstandes die Teilung billigt. Wir erhoffen dadurch in erster Linie eine geregelte Geschäftsführung und auch ein Vorwärtkommen. Zu der Portion Egoismus, die der h.-A.-Artikler in seinem Schlußsatz uns vorwirft, wollen und können wir uns nicht aufschwingen, für uns ist nur das Gedeihen des Verbandes, die thätigste Agitation sowie die endliche Zuangriffnahme der Einführung des Tarifs maßgebend. — (Wir sind der Meinung, daß es nun endlich des „grausamen Spieles“ genug wäre. D. Red.)

Kottbus. Am 31. Mai wurde hier selbst in der Norddeutschen Bierhalle der außerordentlich zahlreich besuchte Frühjahrstag abgehalten. Die Versammlung wurde vormittags 11 Uhr vom Vorsitzenden Beske eröffnet, der die Erschienenen herzlich begrüßte und dann ein Begrüßungstelegramm vom Kollegen Manasse, früher in Kirchhain, verlas. Nach Feststellung der Präsenzliste und Konstituierung des Bureaus erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß ein Fortschritt in unserm Bezirke nicht zu verkennen ist. Einnahmen waren insgesamt 2596,10 Mk., Ausgaben 2495,30 Mk. zu verzeichnen, so daß ein Bestand von 100,80 Mk. verblieb. Der gesamte Mitgliederbestand im Bezirke beträgt jetzt 63. Daraus wurde zum dritten Punkte der Tagesordnung geschritten: Bericht über die Verhältnisse der einzelnen Druckerereien. Kollege Jung sprach über die Firma Teske & Arnold in Kottbus, wo noch recht traurige Verhältnisse herrschen. Die Kollegen erhalten dortselbst zwar das Minimum, doch ist die Arbeitsetzt eine nicht tarifmäßige. Kollege Jung (Raschtnenmeister), der erst seit 2 Wochen dort in Kondition steht, war von der Firma geschrieben worden, daß bei ihr tarifmäßige Verhältnisse herrschen. Als er nun seine Stellung übernahm, mußte er früh 6 Uhr anfangen, insofern er selbstverständlich Abends zur richtigen Zeit aufhörte. Es wurde ihm aber bedeutet, daß die Firma damit nicht einverstanden sei. Als Kollege Jung auf den neuen Tarif verwies, sagte Herr Teske wörtlich: „Ich sch... auf den neuen Tarif.“ Es wird daher unsere Aufgabe sein, diesen Herren, welche früher ebenfalls Verbandsmitglieder waren, einen andern Begriff vom Verband und Tarif bei passender Gelegenheit beizubringen. Nach einigen Ausführungen verschiedener Kollegen, die ein weiteres Interesse nicht beanspruchten, wurde die Rechnung der im vorigen Jahr ins Leben gerufenen Bezirkskasse der Versammlung zur Kenntnis gebracht. Die Kasse hat sich sehr gut bewährt; werden die Versammlungen doch jetzt weit besser besucht als früher. Hieraus erhielt Kollege Steinbrück-Dresden das Wort zu dem Thema: „Der Verband, seine Unterstützungszweige und der Tarif.“ Seinen sehr interessanten, beifällig aufgenommenen Vortrag schloß der geschätzte Redner mit einem Hoch auf den Verband. In der sich jetzt entspinne Debatte, die recht lebhaft verlief, wurde viel über das Verhalten Gafchs und der Opposition gesprochen. Zum Schlusse der Debatte erklärte noch Kollege Steinbrück, daß niemals die Opposition mundtot gemacht werden solle. Eine Meuterei in unseren Reihen könnten wir jedoch niemals dulden. Die Beschlüsse seien einmal von der Generalversammlung gefaßt worden und wir müßten uns denselben fügen. Nach der Mittagspause wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Es wurde über die Abhaltung des diesjährigen Johannistages beschlossen; auch soll der Bezirkstag künftighin verlegt werden. Als Ort für den nächsten Bezirkstag wurde Forst festgesetzt. Nach einem Schlußworte des Kollegen Steinbrück und des Bezirksvorstehenden wurde die Versammlung von letztem mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

α. Münster i. W. Die am 29. vor. Mis. abgehaltene Versammlung war hauptsächlich dazu einberufen, um Stellung zu nehmen zu einem Berichte, welchen ein hiesiges Mitglied an den Corr. eingeschickt — aber von dem Redakteur als den Frieden störend und den Thatsachen nicht entsprechend zurückgewiesen und dem Gauvorstande beifällig lokaler Regelung überhandt wurde. — Der Ortsvorstand, vom Gauvorstande benachrichtigt, brachte diese Angelegenheit zur Kenntnis und Beurteilung, worauf nach sehr lebhafter und eingehender Diskussion seitens der Mehrzahl der anwesenden Mitglieder konstatiert wurde, daß der betreffende Bericht größtenteils nur Unwahrheiten und Unterstellungen enthielt. Im

